

# Thementag IT der gpaNRW

## Strategisches IT-Management als Kernaufgabe kommunaler Verwaltungsvorstände

Die gemeinsam mit der KGSt konzipierte Veranstaltung richtete sich in erster Linie an die für die IT verantwortlichen Mitglieder kommunaler Verwaltungsvorstände. Werner Haßenkamp, Präsident der gpaNRW, freute sich, ein so interessantes Thema ausgewählt zu haben, konnte er doch über 100 Teilnehmer in den Dortmunder Westfalenhallen begrüßen.

In seiner Einleitung sagte Haßenkamp, dass die gpaNRW in ihren Prüfungen beobachte, wie unterschiedlich das Thema IT und damit die IT-Steuerung organisiert sei. Unabhängig von der Größe der Verwaltung sei allerdings klar: Strategische IT-Steuerung sei eine Kernaufgabe des Verwaltungsvorstandes und deren Qualität entscheide maßgeblich darüber, wie IT-Leistungen bereitgestellt würden.

### Sensibilisierung der Verwaltungsvorstände

Ziel der Veranstaltung war neben der Vorstellung und Diskussion der Erkenntnisse der gpaNRW auch eine Sensibilisierung der Verwaltungsvorstände für die vielfältigen Herausforderungen der Steuerung kommunaler IT. Dies übernahmen hochkarätige Experten mit ihren Vorträgen. Sowohl Hartmut Beuß, CIO des Landes NRW, als auch Dr. Marco Kuhn, Erster Beigeordneter des Landkreistages NRW, griffen in ihren Beiträgen die aktuellen Anforderungen für die Kommunen auf: die Umsetzung der Digitalisierung im Allgemeinen sowie die Umsetzung des E-Government-Gesetzes im

**(BS) Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW) prüft und berät die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nunmehr seit fast 14 Jahren in den Bereichen der Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit ihrer Aufgabenerfüllung. Der Bereich der IT gehört dabei seit Langem zu den Prüfgebieten der gpaNRW. Die neben der Prüfung im wettbewerblichen Umfeld erbrachten Beratungsleistungen zu IT-Fragen haben in den letzten Jahren deutlich an Umfang zugenommen. Dazu tragen sicherlich die große Spezialisierung der Berater und die wohl einzigartige Kenntnis der gpaNRW über die nordrhein-westfälische (Verwaltungs-)Wirklichkeit bei. Die gpaNRW sieht es auch als ihren Auftrag an, die vor allem in den vergleichenden überörtlichen Prüfungen fast aller nordrhein-westfälischen Kommunen gewonnenen Erkenntnisse immer wieder auch einem breiteren Publikum vorzustellen und zu diskutieren. Anfang Februar griff der "Thementag IT" ein in fast allen Kommunen sehr aktuelles und virulentes Thema auf: "Noch mehr Verantwortung? Strategisches IT-Management durch den Verwaltungsvorstand".**

Besonderen. Ihr Fazit: Ein "Wegdrücken" vor diesen Themen sei nicht (mehr) möglich. Genauso wenig gebe es einen Musterprozess, den die Verwaltungen übernehmen könnten. Jede Kommune müsse in diesem Punkt ihren Umsetzungsbedarf ermitteln und priorisieren. Diese Aufgaben obliegen der Verwaltungsspitze, die es sich unbedingt zur Aufgabe machen müsse, Treiberin und nicht Getriebene der Veränderungsprozesse zu sein. Durch die in vielen Kommunen prekäre Haushaltsituation biete sich damit gleichzeitig die Chance zu einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit.

### Kommunen stoßen an Grenzen

Die Veranstaltungsteilnehmer aus den Kommunen verwiesen in der nachfolgenden Diskussion vor allem auf ihre bisherigen Erfahrungen. Geschildert wurden die Fälle, in denen Verwaltungen bei der praktischen IT-Umsetzung von Bundes- und Landesrecht an Grenzen stießen. Vielfach bestünden Schnittstel-

lenproblematiken oder rechtliche Unsicherheiten. Umsetzungswillen und Umsetzbarkeit bei IT-Vorhaben stünden durchaus manchmal in einem Widerspruch. Sowohl Beuß als auch Dr. Kuhn interessierten sich sehr für die Probleme vor Ort und ermunterten die Teilnehmer, ihre Erfahrungen in die anstehenden Evaluationsprozesse einzubringen.

Aus der Praxis berichtete anschließend Andreas Hoge. Als ehemaliger Geschäftsführer einer kommunalen Anwendergemeinschaft koordinierte er gemeinsame Beschaffungen von IT-Dienstleistungen für über 30 Mitgliedskommunen. In seiner Zeit als Bürgermeister der Stadt Steinfurt stand er aber auch auf der Seite der Nutzer. Dabei musste er die speziellen Anforderungen der Verwaltung der Kreisstadt abstimmen und wirtschaftlich umsetzen. Hoges Fazit: IT-Verantwortung gehöre in den Verwaltungsvorstand und auch in vermeintlich kleinen Verwaltungen könnten und müssten IT-bezogene Entscheidungen von dort getroffen wer-



Werner Haßenkamp, Präsident der gpaNRW, konnte in den Dortmunder Westfalenhallen über 100 kommunale Verwaltungsvorstände zum Thementag IT begrüßen.

Foto: BS/gpaNRW

den. Schließe man sich dabei zusammen, könnten Know-how gebündelt und umfängliche Synergien gehoben werden.

### Klar definierte Verantwortungsbereiche

"Die kommunale IT-Steuerung braucht auf unterschiedlichen Ebenen klar definierte Verantwortungsbereiche", so lautete die zentrale These von Annika Krellmann, Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt. Sie erläuterte das dort konzipierte Rollenmodell für die kommunale IT. Unabhängig von Größe und Organisation einer Verwaltung beschreibe es Rollen und Funktionen, die losgelöst von den aufbauorganisatori-

schen Strukturen realisiert werden sollten. Dieses Rollenmodell basiert auf Ergebnissen einer eigens einberufenen Arbeitsgruppe kommunaler Experten der gesamten Bundesrepublik.

Christoph Gusovius, stellvertretender Präsident der gpaNRW, berichtete schließlich von den Prüfungserfahrungen der letzten Jahre. Die Bereitstellung von IT-Leistungen erfolge in den nordrhein-westfälischen Kommunen nicht nur durch eigene Infrastrukturen, sondern auch durch Eigenbetriebe, Zweckverbände und weitere Dritte. Damit sei die kommunale IT-Landschaft in NRW besonders "bunt". Gusovius unterstrich, dass "bunt" und effizient nicht zwingend dasselbe meine.

## Einen Gang zulegen

Deutschland bei Digitalisierung in Europa nur auf Platz elf

**(BS/lkm) Laut EU-Kommission macht Europa Fortschritte bei der Digitalisierung. Viele Länder müssten aber noch einen Gang zulegen, wie Andrus Ansip, der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Anfang März bei der Vorstellung des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) erklärte.**

Insgesamt habe die EU zwar Fortschritte gemacht und mit einem Wert von 0,52 diesmal besser abgeschnitten als im letzten Jahr (0,49), doch die Entwicklung könnte schneller gehen. Es gebe auch große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Die drei Spitzenreiter der EU, Dänemark, Finnland und Schweden, seien auch weltweit führend und liegen noch vor Südkorea, Japan und den USA.

Deutschland liegt laut DESI auf Platz elf und habe vor allem Nachholbedarf bei der Verbesserung von Online-Behördendiensten. Bei der Frequenznutzung könne Deutschland jedoch mit guten Ergebnissen aufwarten. Beim Einstieg in die Nutzung mobiler Breitbanddienste und schneller Festnetz-Breitbandanschlüsse würden die Deutschen aber hinter anderen Europäern zurückliegen. Bei der Internetnutzung liegen die Deutschen über dem Durchschnitt und machen der Untersuchung zufolge bei den digitalen Kompetenzen gute Fortschritte. 87 Prozent der Deutschen sind online; sie scheinen aber ein begrenzteres Spektrum von Online-Diensten zu nutzen als andere Europäer. Beim Online-Einkauf sind sie jedoch sehr aktiv. Bei der Integration der Digitaltechnik mache Deutschland langsamen Fortschritt. Deutsche Unternehmen seien bei der Nutzung von Software für den Informationsaustausch führend. Eine wachsende Zahl von KMU betreibe elektronischen Handel; allerdings sei ihr Umsatz aus dem Verkauf über das Internet rückläufig. "Alle Mitgliedsstaaten sollten mehr investieren, um den digitalen Binnenmarkt voll aus-schöpfen zu können. Wir wollen

bei der Digitalisierung kein Europa der zwei Geschwindigkeiten", betonte Ansip.

Die größten Fortschritte in der EU haben Slowenien und die Slowakei gemacht. Trotz einiger Verbesserungen hinken mehrere Mitgliedsstaaten wie Polen, Kroatien, Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien in ihrer digitalen Entwicklung im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten immer noch hinterher.

### Stagnation beim deutschen E-Government

Bei der Verbesserung der Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern zeige Deutschland nur geringe Fortschritte. Angesichts dessen, dass nur 19 Prozent der Bevölkerung elektronische Behördendienste nutzen, bestehe die größte Herausforderung darin, die Online-Interaktion zwischen Behörden und Bürgern zu verbessern. Auch bei Open Data sei kein Wachstum zu verzeichnen.

Im Vergleich zum DESI-Index des Vorjahres blieb der Anteil

der Bevölkerung, die elektronische Behörden Dienste nutzen konstant. Hier nimmt Deutschland Rang 23 im europäischen Vergleich ein. Beim Thema Open Data schafft es Deutschland mit einem Wert von 51 Prozent auf Platz 20.

Während Deutschlands Performance bei den behördlichen Online-Diensten weitestgehend stagniert, steigt die Nutzung im europäischen Durchschnitt. 34 Prozent der Internetnutzer senden ausgefüllte Formulare online statt auf Papier an Behörden zurück (2013 lag dieser Anteil noch bei 27 Prozent). Zudem stehen immer mehr Dienste online zur Verfügung, etwa für die Anmeldung eines neuen Wohnsitzes, Geburtsanzeigen oder andere Ereignisse.

Der DESI stellt die Leistung der Staaten in unterschiedlichen Bereichen dar – von der Internetanbindung und -nutzung und digitalen Kompetenzen bis zur Digitalisierung der Unternehmen und Öffentlichen Dienste.



Europa macht beim E-Government Fortschritte. In Deutschland hingegen stagnierten das Angebot und die Nutzung behördlicher Online-Dienstleistungen.

Foto: BS/Gerd Altmann, pixello.de

## Wettbewerb "Digitale Stadt"

Gewinner wird umfänglich mit Technologie ausgestattet

**(BS/th) Der Digitalverband Bitkom führt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) den Wettbewerb "Digitale Stadt" durch. In der Gewinner-Stadt werden ab Anfang 2018 Infrastrukturen in den Bereichen Mobilität, Energie, Gesundheit und Bildung mit neuesten digitalen Technologien ausgestattet. Zudem soll die öffentliche Verwaltung dazu angeregt werden, innovative Online-Anwendungen anzubieten und der Handel für die Digitale Stadt intelligente Lieferdienste bereitstellen.**

Grundlage hierfür soll ein hochleistungsfähiges Gigabit-Netz sein. Für die Realisierung der Digitalen Stadt haben die beteiligten Unternehmen bis jetzt Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe in Aussicht gestellt. "In der Digitalen Stadt definieren wir Urbanität neu", erklärte Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder. "Das Leben in der Digitalen Stadt wird so effizient und bequem, so bürgernah und umweltfreundlich sein wie in keiner anderen europäischen Stadt. Wir wollen zeigen, dass Deutschland ein Vorreiter bei der intelligenten, digitalen Stadtentwicklung sein kann." 71 Prozent der Bundesbürger ab 14 Jahren sind laut einer repräsentativen Umfrage des Bitkom der Meinung, dass digitale Technologien eine höhere Lebensqualität in Städten ermöglichen. Für den Wettbewerb können sich Städte mit 100.000 bis 150.000 Einwohnern bewerben, die über eine gute Verkehrsanbindung sowie eine Hochschule in der näheren Umgebung verfügen.

"Dieser Wettbewerb ist ein ganz wichtiges Signal für die Städte und Gemeinden in Deutschland und kann in der Praxis die großen Chancen der digitalen Stadtentwicklung und der intelligenten Vernetzung vor Ort erlebbar machen", so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,

Dr. Gerd Landsberg. Großes Potenzial haben nach Angaben des Bitkom digitale Bürgerdienste, die von der jeweiligen Stadtverwaltung angeboten werden. 83 Prozent fordern laut der Bitkom-Umfrage von ihrer Stadtverwaltung die Möglichkeit, Behörden-gänge vollständig über das Internet erledigen zu können. Und 79 Prozent wünschen sich ein zentrales Anmeldeportal für Kitas und Schulen, um freie Plätze gerechter verteilen zu können. 85 Prozent der Befragten sagen, dass sie Katastrophen- und Sicherheitswarnungen der Behörden auf ihrem Smartphone erhalten wollen. 79 Prozent sprechen sich für die Einführung einer sicheren digitalen Patientenakte aus, in der Ärzte, Pfleger oder Therapeuten die Krankengeschichte des Patienten einsehen können.

### Breites Bündnis mit Unternehmen geschmiedet

Der Bitkom hat in den vergangenen Monaten ein breites Bündnis mit Digitalunternehmen geschmiedet, die das Projekt "Digitale Stadt" mit Produkten und Dienstleistungen in mindestens zweistelliger Millionenhöhe unterstützen wollen. "Unter unserem Dach versammeln sich das Know-how und die Wirtschaftskraft, die für so ein Projekt nötig sind. Die beteiligten Unternehmen werden investieren und die

In den durch die gpaNRW untersuchten Verwaltungen werde der Bereich der IT auf der Ebene des Verwaltungsvorstandes häufig nur formal verantwortet, stellte er weiterhin fest. Vielfach führe die vermeintliche Notwendigkeit von technischem Detailwissen zu einer tatsächlichen Verlagerung der Verantwortung auf die fachliche Ebene oder sogar auf den Dienstleister. Dies könne dazu führen, dass Leistungsanforderungen nicht immer unter Berücksichtigung der Interessen der Gesamtverwaltung definiert würden. Nur selten würden Geschäftsprozesse unter Verknüpfung von IT und Organisation optimiert. Zudem treffe die gpaNRW auch unzureichende Transparenz hinsichtlich der Ressourceneinsätze an; so ließen sich erstrebte Effekte durch den Einsatz von IT nicht nachweisen.

Aus diesem Wissen hat die gpaNRW diese These aufgestellt: Betriebsmodell und internes Steuerungssystem stünden immer in der Verantwortung der Verwaltungsführung. Diese sollte sich u. a. fragen: Habe ich genügend Einfluss auf die IT-Leistungserbringung? Sind die notwendigen Informationen zur eigenen IT vorhanden? Werden diese zur Definition von Anforderungen genutzt?

Was hat der Thementag IT gebracht? Die Erkenntnis, dass die Strategische IT-Steuerung durch den Verwaltungsvorstand ein immens wichtiger Baustein für die Gestaltung einer zukunftsfähigen und effizienten Verwaltung ist, ist vielfach vorhanden. Die für die Um- und Durchsetzung einer solchen Steuerung notwendigen Kompetenzen sind in vielen Kommunen (noch) nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Die gpaNRW will mit ihren Prüfungen und Beratungen ihren Anteil dazu beitragen, dieses Defizit zumindest deutlich kleiner werden zu lassen.

Realisierung der Digitalen Stadt vorantreiben", sagte Rohleder. Die Bewerberstädte sollten ihrerseits schon mit ihrer Bewerbung die Unterstützung relevanter Akteure vor Ort nachweisen, etwa aus der Politik und der lokalen Wirtschaft sowie von kommunalen Unternehmen und Vereinen.

Jede Stadt soll bei ihrer Bewerbung ein eigenes Konzept für ihre Vorstellungen von der Digitalen Stadt einreichen und den eigenen Gegebenheiten anpassen. Die Gewinnerstadt, die Unternehmen und der Bitkom werden die Digitale Stadt gemeinsam entwickeln und sie auf die Bedingungen vor Ort abstimmen. Am Ende entscheide aber die Stadt selbst über die konkrete Umsetzung einzelner Projekte, so Rohleder.

Neben dem Bitkom und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund sind bislang folgende Unternehmen an dem Projekt beteiligt: Deutsche Telekom, Hewlett Packard Enterprise, SAP, Software AG, Vodafone, Autodesk, DJI, DocMorris, DPD Dynamic Parcel Distribution, eluminocity, eBay, Kathrein, Little Bird, m.Doc, PTV Group, Samsung, Speed4Trade und vitaphone.

Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie die Bewerbungsunterlagen sind abrufbar unter [www.digitalestadt.org](http://www.digitalestadt.org).